

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 04.05.2023
Bekanntgabe im GGR : 09.05.2023

Fraktion FDP
Barbara Gisler
Lüssirainstrasse 3
6300 Zug

Stadtkanzlei
Präsident des GGR
Stadthaus
CH - 6300 Zug

Zug, 4.Mai 2023

Interpellation

Zukünftige Standortattraktivität im Rahmen der neuen OECD Mindeststeuer

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stadt Zug profitiert bis heute von der in den 70er Jahren entschiedenen Standortstrategie mit einer umsichtigen Steuerpolitik. Die hohen Einnahmen finanzieren uns hochwertige städtische Bauten, Hallenbäder, die Umstellung zu alternativen und nachhaltigen Energien, konkurrenzfähige Löhne, eine starke und sichere Feuerwehr und Polizei, diverse Subventionen, spannende Kunsthäuser oder kulturelle Anlässe, wie das Jodlerfest.

Selbstverständlich hat jede Medaille zwei Seiten. Dennoch ist die FDP überzeugt, dass wir weiterhin für unsere Firmen und unser Gewerbe attraktiv bleiben müssen. Nur so können wir den oben beschriebenen Lebensstandard aufrechterhalten.

Wenn die OECD- Mindeststeuer in der Schweiz kommt, hat das eine Wirkung für unsere Stadt und die ansässigen Firmen:

- Die Schweiz schafft mit der OECD- Mindeststeuer stabile Rahmenbedingungen und **sichert** sich so die Steuereinnahmen.
- In der Schweiz ansässige Firmen bezahlen dann mindestens 15% Steuern auf ihren Gewinn. Das ist ein Vielfaches mehr als die ansässigen Firmen aktuell in der Stadt Zug bezahlen.
- Besonders betroffen sind Kantone mit tiefer Steuerbelastung – Sprich auch die Stadt Zug.
- Falls die Mindestbesteuer nicht gefordert wird, wird der fehlende Betrag mit einer Ergänzungssteuer erhoben.
- Durch die Mindestbesteuerung verliert die Schweiz und so auch die Stadt Zug an steuerlicher Attraktivität. Das könnte Unternehmen dazu veranlassen wegzuziehen oder sich erst gar nicht in der Schweiz und in unserer Stadt niederzulassen. Dadurch ergeben sich Mindereinnahmen bei Unternehmenssteuern und anderen Abgaben.

- Auch innerhalb der Schweiz wird der Steuerwettbewerb leicht eingeschränkt. Hochsteuernkantone werden im Verhältnis zu Tiefsteuernkantonen attraktiver.

Wenn die OECD- Mindeststeuer nicht kommt, bedeutet das für Zug und seine ansässigen Firmen:

- Statt der Schweiz (der Stadt Zug) können andere Staaten den fehlenden Betrag einziehen.

Quelle:

[Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz \(admin.ch\)](#)

Fazit

Die Stadt Zug wird Steuereinnahmen ans Ausland verlieren, wenn wir die OECD Mindeststeuer nicht annehmen. Denn dieses darf den Differenzbetrag von den Firmen einfordern.

Jetzt ist bloss die Frage: Übergeben wir diese Einnahmen dem Ausland oder nutzen wir sie für uns?

Das heisst, wenn die Mindeststeuer angenommen wird, müssen wir andere Anreize schaffen, dass wir weiterhin als Firmensitz attraktiv sind. Da das Gesetz ab Anfang 2024 in Kraft tritt, besteht hier ein gewisser Druck.

Deshalb unsere Fragen:

- a) Was macht der Stadtrat um auch in Zukunft attraktiv für Firmensitze zu sein? Unabhängig der evtl. kommenden OECD- Mindeststeuer.
- b) Wie bereitet sich der Stadtrat langfristig auf die kommende, von aussen gesteuerte Firmensteuerpolitik, vor?

Wir bitten den Stadtrat die Antworten mit konkreten Beispielen zu gestalten. So dass ein klares Bild entstehen kann, wie die Stadt Zug auch weiterhin eine Vorreiter- und Pionierrolle spielen kann. Sich auf alten Lorbeeren ausruhen, ernährt nicht die folgenden Generationen.

Im Namen der FDP - Fraktion



Barbara Gisler